

# Ein Bild der Verwüstung



Über 20 zum Teil sehr alte Bäume wurden Mitte September im Stadionbad gefällt. Zugeständnis an die Sanierung und Modernisierung des Bades.

Im Bild GAL-Stadträtin Petra Friedrich mit einem Mitarbeiter des städtischen Gartenamtes.

Fotos: Sylvia Schaible

Ein Bild der Verwüstung bot das Stadionbad Mitte September, als die der Sanierung im Weg stehenden Bäume gefällt und zerstückelt wurden. Insgesamt 34 Bäume sollten dem Vorhaben zum Opfer fallen, so jedenfalls das Protokoll eines Ortstermins von Bauträger (Stadtwerke), Architekturbüro, Gartenamt und Umweltamt. Ob es dabei geblieben ist, konnte die GAL nicht feststellen und wird wahrscheinlich auch sonst niemand kontrollieren, denn Bauamt, Gartenamt und Umweltamt sind nach eigenen Aussagen heillos überlastet. Zudem sind durch die schweren Baumaschinen, durch das Ver-

einzelnen von ehemals in Gruppen stehenden Bäumen und durch die zu erwartende Veränderung des Grundwasserspiegels weitere Bäume stark bedroht. Auch das Verpflanzen einer alten Rotbuche, im FT groß berichtet, mag gut gemeint sein, ist aber tatsächlich Augenwischerei. Laut einem Experten des Gartenamtes sind die Überlebenschancen gerade bei dieser Baumart besonders gering: 90% der Rotbuchen sterben ab.

Dass Bäume bei größeren Bauvorhaben einen minderen Stellenwert haben, wird am Beispiel Stadionbad-Sanierung mehr als deutlich. Der Bausenat war nur

einmal (nämlich beim konkreten Bauantrag) damit befasst. Dabei kam zwar auch der zu fällende Baumbestand zur Sprache, aber nur in Zahlen und ohne genaue Pläne. Dabei hätte es in diesem Fall auch schlimmer kommen können: Nach der Baugenehmigung einigten sich die Stadtwerke mit Garten- und Umweltamt immerhin darauf, die Zahl der zu fällenden Bäume von über 60 auf 34 zu reduzieren. Aber schon hier liegt die Krux: Der vorhandene Baumbestand wird im Auftrag des Bauherren aufgenommen und auch die Fällungen gibt eben dieser Bauherr in Auftrag – eine Kontrolle gibt es

danach, wie gesagt, nicht mehr.

Der Stadtwerke-Aufsichtsrat erhielt zwar immer wieder Informationen über die Planungen, aber dort ist die GAL nicht vertreten, und die anderen Parteien scheint der Baumbestand nicht gekümmert zu haben. Durch aufgeregte BürgerInnen und den Bund Naturschutz erfuhr die GAL erst in den Sommerferien von einem drohenden Kahlschlag am Stadion. GAL-Stadträtin Petra Friedrich wurde bei ihren Nachfragen in der Verwaltung wegen Nicht-Zuständigkeit und Urlaubszeit hin und her verwiesen und bekam von den verschiedenen Ämtern derart unter-

schiedliche Auskünfte, dass es nur noch Verwirrung gab. Nach Wochen schließlich drückte ihr der stellvertretende Stadtwerke-Leiter Hubert am letzten Ferientag einen (noch dazu ungeeigneten) Plan in die Hände – mit den Worten: „Jetzt sind die Bäume allerdings schon gefällt.“ So war's dann auch: Der Ortster-

min der GAL konnte nur noch vollendete Tatsachen im Bild festhalten.

Die GAL will nun erreichen, dass bei Baugenehmigungen künftig ein Rodungsplan vorzulegen ist, damit nicht erst mühsam recherchiert werden muss und gegebenenfalls eine schnellere Reaktion möglich ist.

*nei gegagd*

## Interesselos – verantwortungslos

Viktoria Petrenko, Alexander Nogaller - ihre Geschichte, bevor sie nach Bamberg zogen - ihr Alltag in der neuen Heimat: der Fränkische Tag hat eine Serie aufgelegt, die Bamberg mit ihren Neu-BürgerInnen bekannt macht. Die Idee macht Sinn. Sie birgt die Chance, aus der Verunsicherung vieler BambergerInnen, dass in den Bus-Linien 16 und 26 nach Gaustadt so viel Russisch gesprochen wird, Neugier werden zu lassen.

Aber die NeubürgerInnen brauchen auch Unterstützung. Bekannt ist: Junge russische SpätaussiedlerInnen haben mit die schlechtesten Chancen auf dem Ausbildungsmarkt. Ihre Angst, keine Zukunft in Deutschland zu haben, lässt überproportional viele zu Drogen greifen. Über ein Drittel der Heroin-Toten Nürnbergs stammte im letzten Jahr aus der ehemaligen Sowjetunion.

Vor allem die Unterstützung junger SpätaussiedlerInnen oder Kontingentflüchtlinge aus Osteuropa durch eine geeignete Schulausbildung ist unverzichtbar. Anders in Bamberg: Die Jakobsschule, einzige Schul-Einrichtung für Kinder aus Spätaussiedlerfamilien in Stadt und Landkreis, schließt ihre Tore ab 2002. Grund: Es gibt künftig keinen Träger mehr. Dem bisherigen Träger (Sozialdienst Katholischer Frauen) fehlen ab 2002 ein Schulgebäude und 60.000 DM, um ohne Defizit arbeiten zu können.

Die Reaktion der Stadt Bamberg? Nein, nicht die Suche nach einem neuen Träger und einem neuen Gebäude. Stattdessen sollen die JakobsschülerInnen auf Grund- und Hauptschulen verteilt werden.

Pädagogisch sicher eine Niederlage: Die Kompetenz der mit jungen Spätaussiedlern erfahrenen Lehrkräfte wird nicht mehr genutzt. Wirtschaftlich wohl ebenfalls ein Flop: Zweisprachige und Eingliederungsklassen an mehreren Schulen müssen gegründet werden.

WB

## >>>> DURCHBLICK NACH MÜNCHEN >>>>

### Kreuzritter von gestern

Unabhängig davon, wie lange sie schon zusammen lebten, galten gleichgeschlechtliche PartnerInnen bis vor kurzem vor dem Gesetz in Deutschland als Fremde. Sie hatten nicht die gleichen BürgerInnenrechte wie heterosexuelle Lebensgemeinschaften, übernahmen zwar gegenseitig Fürsorgepflichten, ohne aber rechtlich abgesichert zu sein. Auf Initiative von Bündnis 90/Die Grünen hat die Bundesregierung nun ein Lebenspartnerschaftsgesetz umgesetzt und ist damit auch dem Verfassungsauftrag gerecht geworden, der eine Diskriminierung wegen der sexuellen Orientierung verbietet.

Bis zur letzten Minute versuchte jedoch insbesondere die Bayerische Staatsregierung, die gesellschaftliche Gleichstellung von Homosexuellen zu torpedieren. So wollte sie mit Unterstützung der Sächsischen Staatsregierung per Eilantrag erreichen, dass das Gesetz auf Eis gelegt wird, bis das Bundesverfassungsgericht die Verfassungsmäßigkeit der eingetragenen Partnerschaften geprüft hat. Mit diesem Versuch sind die Gegner aber kläglich gescheitert.

Auch der Hauptverhandlung, in der über Bayerns Verfassungsklage gegen das

Gesetz entschieden wird, können wir mit großer Zuversicht entgegensehen. Stoibers Wehklagen über die vermeintliche Gefährdung von Ehe und Familie wird der juristischen Prüfung nicht stand halten. Die Staatsregierung kämpft mit ihrem Kreuzzug gegen die Rechte homosexueller Paare die Schlachten von gestern.

Nach der Zurückweisung des Eilantrags lässt sich die Staatsregierung jetzt offensichtlich von kleinlichen Rachegefühlen leiten und praktiziert eine Verzögerungstaktik: Zuerst verwehrt sie eine Eintragung von Lebenspartnerschaften ab dem 1. August 2001, dem Tag des Inkrafttretens des Bundesgesetzes. Eine Rechtsgleichheit und Rechtsunsicherheit in Bayern, die es nach unserer Meinung nicht geben darf.

Dann entschied die Staatsregierung, dass in Bayern nur Notare eine solche Eintragung vornehmen können, obwohl laut Bundesgesetz eine Behörde vorgesehen ist. Notare sind zwar mit öffentlichen Aufgaben betraute Unternehmer, sie sind jedoch unabhängig und unterliegen im Gegensatz zu Behörden keiner Staatshaftung. Die Staatsregierung verweist also Lesben und Schwule wieder in den privaten Bereich, eine gesellschaftliche Anerkennung soll ihnen weiterhin verwehrt bleiben. Außerdem sind für die Paare erheblich höhere Kosten beim Notar zu befürchten.

Weil sich viele dennoch nicht von ihrer Entscheidung für eine Lebenspartnerschaft

abbringen lassen, geben sich einige bayerische Paare einfach außerhalb Bayerns das Ja-Wort. Die Landtagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen will ihnen ein besonderes Hochzeits-Geschenk machen: ein Sektempfang in den heiligen Hallen des Bayerischen Landtags. Termin soll der 9. oder 10. Oktober sein – der Tag, an dem das bayerische Ausführungsgesetz für die gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerschaften im Landtagsplenum voraussichtlich zur 1. Lesung aufgerufen wird.



Christine Stahl ist Fraktionsvorsitzende der bayerischen Landtagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen